

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Einzelhefte 10 Pf. —
Alle Zuschriften für Berlin an: Redaktions-
Expedition, nehmen Befehlungen an.
Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf.,
Familienang. 15 Pf., Vereinsangelegen.
10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion
u. Exped.: N.O. Greifswalderstr. 221/22.
Schriftproben: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

Centralkath der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Bünder).

Bei Abonnement von mindestens 3 Grosch.
unter einer Adresse tritt für Nichtzahlung
der ermäßigten Preis von 75 Pf. ein, welche
franco an den Verbandsführer Richard
Lorenz, N.O. Greifswalderstr. 221/22, ein-
zulegen sind. Für Mitglieder 30 Pf. pro
Exemplar. Bei editorischem Abonnement
letztens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar.
Schriftproben: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 31.

Berlin, 3. August 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Streikpolitik und Arbeitsvermittlung. — Internationaler Kongress für
Gewerkschaften. — Hamburger Brauer-Verein von 1889. — Wochenschau.
— Gewerkschaften-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen Teil.

Streikpolitik und Arbeitsvermittlung.

Das Bestreben, Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften zu regeln, haben sowohl Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen als auch Kommunen und gemeinnützige Vereine. Zu diesem Zwecke werden Arbeitsnachweise errichtet. Die Arbeitgeber pflegen ihren Arbeitsnachweis deshalb, um bei Lohnstreitigkeiten genügend Ersatzkräfte zu erhalten und aus Solidarität aus Streikorten keine Arbeiter einzustellen. Sie haben also den ausgesprochenen Zweck, die Lohnkämpfe zu einer Niederlage für die Arbeiterchaft zu machen. Ein entgegengesetztes Ziel verfolgen die Arbeiterorganisationen mit ihrer Arbeitsvermittlung. Sie werden den Arbeitgebern, die als Lohnschänder bekannt sind, keine Arbeiter zuführen. Andererseits werden sie bei Ausbruch eines Streikes jede Vermittlung für den betreffenden Beruf einstellen und für anderweite Unterbringung der Streikenden Sorge tragen. Während also diese Arbeitsnachweise ein Werkzeug im gegenseitigen Kampfe sind, stehen die städtischen und gemeinnützigen Arbeitsnachweise auf neutralem Gebiete. Im Lohnkampfe haben diese Nachweise je nachdem ihre Verwaltung denkt, denselben Einfluß wie diejenigen der Arbeitgeber und -nehmer.

Die Frage nun, welchen Arbeitsnachweisen der Vorzug zu geben ist, behandelt Dr. Fritz Stephan Neumann in seiner soeben bei Gustav Fischer in Jena erschienenen Schrift: Streikpolitik und Organisation der gemeinnützigen paritätischen Arbeitsnachweise in Deutschland. Der Verfasser behandelt in eingehender Weise den Aufbau sowie die Vorteile und Nachteile der verschiedensten Arten von Arbeitsnachweisen und verweilt am längsten bei der auch uns am meisten interessierenden Frage über das Verhalten der Arbeitsnachweise bei Lohnstreitigkeiten. Bei den Gewerksvereinen ist die Arbeitsvermittlung leider sehr vernachlässigt worden, trotzdem schon in den Musterstatuten von 1868 die Pflege der Arbeitsstatistik und „darauf begründeten Arbeitsvermittlung“ zu den ersten Aufgaben gezählt wurde. Dr. Neumann hält die Schaffung einseitiger Arbeitsnachweise insofern als ein Fortschritt, indem dieselben gegenüber den primitiven Zuständen der unregelmäßigen Vermittlung eine Besserung darstellen. „Die gelehrten Arbeiter haben nun wenigstens die Gewißheit, auf schnellstem Wege die offenen Stellen ihrer Branche nachzuweisen zu erhalten und nicht den Unbillen der Umflucht, des Inferierens usw. preisgegeben zu sein.“ Nach Ansicht des Verfassers sind die Arbeitgebernachweise ebensowenig das Ideal der Arbeitsvermittlung, wie es die Nachweise der Arbeiter sind. Der Gedanke, daß die Arbeitsvermittlung auf die Dauer nicht unregelmäßig, auch nicht in den Händen der einen oder anderen Partei bleiben dürfe, daß es vielmehr Aufgabe der Allgemeinheit sei, sich dieses Gegenstandes anzunehmen, ist vor wenig mehr als 10 Jahren in die Praxis umgesetzt worden. Den Anstoß dazu gab der Vorsitzende des Gewerbegerichts in Stuttgart Dr. Lautenschläger, indem er die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes mit Arbeitsvermittlung forderte und auch durchführte. Seit dieser Zeit machten die städtischen Arbeitsnachweise große Fortschritte. Die beste Rundschaft derselben sind die ungelerneten Arbeiter, während sich die gelehrten Arbeiter nach wie vor an die Arbeitsnachweise ihrer Organisation halten. Es ist daher auch begreiflich, daß in der Gründungszeit der städtischen Arbeitsnachweise die Deutschen Gewerksvereine energigsten Protest dagegen erhoben. In Berlin erklärte sich eine Versammlung, die am 7. Oktober 1895 stattfand, gegen die Einrichtung städtischer Arbeitsnachweise, auch gegen solche mit städtischer Subvention. Der Arbeitsnachweis müsse der freiwilligen Tätigkeit der Berufsorganisation verbleiben. Eine gleiche Stellung nahm der Kongress der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu Frankfurt a. M.

im Jahre 1899 ein. Die Antipathie der Arbeiterorganisationen gegen die städtischen Arbeitsnachweise liegt hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiete. Das Verhalten der städtischen Nachweise in Lohnstreitigkeiten ist ein höchst unsicheres.

Was soll der Arbeitsnachweis beim Streik tun? Dr. Neumann ist der Ansicht, daß sich der Arbeitsnachweis bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrage völlig neutral verhalten soll. Und zwar soll diese Neutralität so gehandhabt werden, daß die Nachfrage jedes Arbeitgebers nach Arbeitskräften ausgeführt wird. Andererseits sollen den Arbeitern, die durch eine Aussperrung arbeitslos geworden sind, Arbeitsstellen vermittelt werden. „Der Arbeitsnachweis hat allein die Aufgabe, vorhandene Arbeitsgelegenheit bezw. vorhandene Arbeitskräfte nachzuweisen; in wirtschaftliche Kämpfe zugunsten des einen oder anderen einzugreifen, hat er keine Berechtigung, zumal er kommunalen Charakters ist oder kommunal unterstützt wird, mithin aus der Tasche aller Steuerzahler unterhalten ist. Die Lohnkämpfe werden lediglich nach dem Recht des Stärkeren entschieden; den Arbeitsnachweis auch nur indirekt in ihren Dienst zu stellen, ist ein Mißbrauch. Allerdings wird es auch nicht Sache des Arbeitsnachweises sein, aus eigenem Antriebe während eines Streiks auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen. Wohl wäre er verpflichtet, nach solchen Umflucht zu halten, sobald er der Nachfrage der Unternehmer mit dem örtlichen Material nicht gerecht werden kann.“ Da diese Ansicht des Verfassers mit denen der Leitung der städtischen Arbeitsnachweise übereinstimmen dürfte, so darf es doch nicht verwundernd wirken, wenn die Elite der Arbeiterchaft, nämlich die gelehrten und organisierten Arbeiter, auf die Hilfe der neutralen städtischen Arbeitsnachweise verzichten und denjenigen ihrer Organisation benutzen. Mit seltener Offenheit gibt der Verfasser auch die Begründung zu seiner Auffassung und beruft sich hierbei auf arbeiterfreundliche Männer wie Adler, Fiebig und Jastrow. Mir scheint Adlers Ansicht zutreffender, monach der Arbeitgeber durch den Schluß der öffentlichen Vermittlungsstellen weit empfindlicher getroffen wird, als die Arbeitnehmer. Der Gewerkschaftsnachweis schließt im Streitfall selbstverständlich seine Türen; wenn der gemeinnützige Nachweis diesem Beispiele folgt, dann hat der Arbeitgeber nur noch geringe Möglichkeit, Arbeiter zu erhalten. Annoncieren dürfte nicht die Wirkung haben, die Fiebig und auch Jastrow ihm zuschreiben, da die spezifischen Arbeiterblätter, die gewerkschaftliche, sozialdemokratische usw. Presse, solche Anzeigen nicht aufnehmen, vielmehr „vor Zuzug warnen“. Um die städtischen Nachweise nicht gänzlich in Mißkredit zu bringen, wird verlangt, daß der Arbeitsnachweis die Arbeitssuchenden auf das Bestehen eines Streiks oder einer Aussperrung aufmerksam machen soll; vielleich allerdings mit der Einschränkung, daß dieses nur auf Befragen geschehen soll.

Weiter wird von Dr. Neumann die Frage erwogen, ob der Arbeitsnachweis unbeschadet seiner Neutralität etwas zur Verhütung oder schnelleren Beilegung von Lohnstreitigkeiten tun könne. Es wird der Vorschlag gemacht, daß, wenn sich die Arbeiter dem Schiedspruch eines Gewerbegerichts nicht fügen, der Arbeitsnachweis ruhig weiter funktioniert, also neue Arbeitskräfte dem Fabrikanten vermittelt werden; unterwirft sich der Arbeitgeber nicht, so wird der Arbeitsnachweis für seine Firma geschlossen, sein Name allen Vermittlungsanstalten mitgeteilt und den streitenden Arbeitern nach Möglichkeit andere Arbeit vermittelt. Für den Fall, daß beide Teile den Schiedspruch nicht anerkennen, soll die Anstalt beiden Teilen die Vermittlung verweigern.

Auch das Berliner Gewerbegericht hat die Arbeitsnachweise in den Dienst der sozialen Verträglichkeit stellen wollen. Es hat sich, als in Berlin eine Vermittlungsanstalt gegründet werden sollte, dahin geäußert, die streitenden Parteien sollten verspflichtet werden, das Einigungsamt anzurufen. Gehehe die Anrufung nur einseitig von den Arbeitern, so habe der Nachweis den beteiligten Arbeitgebern während der Streikdauer keine Arbeitskräfte mehr nachzuweisen.

Der Verfasser ist der Ansicht, daß die Einrichtung der Arbeitsnachweise nach diesem Modus unbeschadet ihrer Neutralitätspflicht die Förderung des Friedens zwischen Unternehmer und Arbeiter herbeizuführen geeignet ist. Der Verfasser hat nur Bedenken darüber, daß die Fortsetzung der Vermittlung von der Unterwerfung unter dem Schiedsgericht des Einigungsamts abhängig gemacht werden soll. Er vertritt die Ansicht, daß, wenn sich ein Arbeitgeber dem Schiedsgericht nicht unterwirft, er vor Antritt ist, zu den bisherigen Löhnen Arbeitskräfte zu erhalten. Der Arbeitsnachweis, an den er mit dem entsprechenden Ansuchen herantritt, hat alle Mittel anzuwenden, ihn zu betriedigen.

Das ist ja des Rubels Kern und aller Weisheit letzter Schluss, daß man einerseits die Vermittlung von der Annahme des Einigungsamtes abhängig machen will, sich aber andererseits dagegen sträubt, die Unterwerfung unter dem Schiedsgericht durch Ausübung eines Druckes zu erlangen. Man begründet diese Anschauung damit, daß man Arbeitern, die für einen niedrigen Lohn arbeiten wollen, die Vermittlung nicht ablehnen kann. Der Arbeitsnachweis würde direkt die Arbeitslosigkeit fördern, zu deren Behebung bitturigen gerade seine Aufgabe sei. Die vorausgegangenen Darlegungen beweisen, daß die Nachweise der Arbeiterorganisationen und die der Kommunen ganz verschiedene Richtlinien haben. Die Arbeiter müssen dem Nachweis eine höhere kulturelle Mission bei. Das Streben der Arbeiterorganisationen nach Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter bedingt auch eine scharfe Kontrolle über den Arbeitsmarkt. Die Arbeitgeber durch Entziehung der Arbeitskräfte zur Anerkennung der Arbeiterforderungen zu zwingen, ist das gute Recht jeder vortrübenden, auf das Wohl seiner Mitglieder bedachten Organisation. Es ist die Pflicht jedes organisierten Arbeiters, dem Arbeitsnachweis keine unzulässige reichliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Um die Wirkung der Arbeitsnachweise abzuschwächen, empfiehlt es sich, für partielle Arbeitsnachweise einzutreten. Diese hüllen bei Ausbruch eines Streiks ihre Vermittlungstätigkeit zwar nicht ein, doch gelangt es durch sie an der Vermittlung tätigen Arbeitnehmer, Arbeitswillige von der Aufnahme der Arbeit abzuhalten. Unser verstorbenen Anwalt Dr. W. Hirsch hat auf der Münchener Arbeitsnachweis-Konferenz 1898 als das Ideal der Arbeitsvermittlung die Gemeinschaft vieler Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer genannt. Diese Auffassung haben die Deutschen Gewerksvereine auch heute noch.

Wenn Dr. Neumann in dem erwähnten Buche auch Ansichten vertritt, die unsere Billigung nicht finden können, so muß doch anerkannt werden, daß seine Arbeit ein Stück regen Fleißes ist und die Literatur über die Arbeitsnachweise eine wertvolle Bereicherung erfahren hat.

Internationaler Kongress für Gewerkekrankheiten

in Mailand, v. 14. Juni 1906.

Referent: Dr. Martin Hahn • München.

(Bearbeitet nach einem Bericht der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“).

III.

Am eingehendsten von allen gewerblichen Infektionen wurde der Milzbrand auf dem Kongress behandelt, und hier kam auch eine Frage zur besonderen Erörterung, die bezüglich der gewerblichen Infektionen von größter Wichtigkeit ist und schon von Monti bei der Enzootie kurz gestreift wurde. Soll man die gewerblichen Milzbrandkrankungen, soweit sie namentlich die Haar-, Hüfte- und Textilindustrie betreffen, als Unfall auffassen? Man muß sich klar darüber sein, daß eine bejahende Beantwortung dieser Frage, wie sie von Ascoli und Langlois in eingehenden Referaten beantwortet wurde, zu schweren ökonomischen Konsequenzen für die Versicherungsgesellschaften führt, namentlich wenn auch andere gewerbliche Infektionen in gleicher Weise behandelt werden. Langlois konnte sich für seine Auffassung, die er in überaus klarer und präziser Weise motivierte, vor allem auf eine Entscheidung des französischen Kassationsgerichtshofes sowie des deutschen Reichsversicherungsamtes berufen, und ferner auf die englische Milzbrandstatistik, welche die überwiegende Gefährdung der Arbeiter in den genannten Industrien aufs glänzendste beweist. Wenn die Milzbrandtodeschance für einen Engländer, der nicht in diesen Industrien beschäftigt ist, = 1 gesetzt wird, so beträgt sie für die Angehörigen der genannten Industrien im allgemeinen 173 und für die Arbeiter der Haarindustrie im besonderen 8750.

Während hier ein klar erkanntes gewerbliches Gift vorliegt, sind die Ansichten darüber, ob in der Tabakindustrie Schädigungen der Arbeiter durch Nikotin, Ausdünstungen des fermentierenden Tabaks usw. zu befürchten sind, noch immer nicht geklärt. Gilioli kommt in dem Berichte, den er dem Kongress erstattete, zu dem Resultate, daß zwar in gut eingerichteten Betrieben, wie er sie in England gesehen hat, keine Störungen sich bei den Arbeitern bemerkbar machen, daß aber kleine oder schlecht eingerichtete Arbeitsstätten doch Schädigungen der Arbeiter, namentlich der weiblichen (ständige Kopfschmerzen, Anämie (= Bleichsucht), Uebelkeiten, allgemeine Schwäche, Störungen der Menstruation) bedingen können, und daß demnach jedenfalls alle diejenigen allgemeinen prophylaktischen (= vorbeugenden) Maßnahmen in den Tabakfabriken getroffen werden müssen, welche in den Giftindustrien überhaupt üblich sind.

Als ganz klar gestellt ist jedenfalls die giftige Wirkung der Beschäftigung mit dem Tabak nicht zu betrachten. Man berücksichtigt meines Erachtens viel zu wenig, daß sich zur Tabakindustrie meist Individuen als Arbeiter melden, deren körperliche Konstitution schon bei Beginn der Arbeit zu wünschen übrig läßt, weil es sich eben um eine verhältnismäßig leichte Arbeit handelt. Auch eine andere gewerbliche Schädlichkeit konnte in ihren Wirkungen durch die beiden Berichte, welche Finzi und Kora, sowie Pesenti dem Kongresse vorlegten, nicht scharf umgrenzt werden, nämlich der Staub in der Zement-, Kalk- und Glasindustrie. Daß chronische Bronchitiden (= dauernde Entzündungen der Luftröhre), mit allen ihren Folgeerscheinungen durch den Staub erzeugt werden, darüber schienen sich die Berichterstatter einig zu sein. Schwanfeld war dagegen das Urteil darüber, inwieweit diese Staubarten für die Tuberkulose disponieren oder imwieweit sie sogar, wie das schon von verschiedenen Seiten behauptet worden ist, einen günstigen Einfluß auf die bereits ausgebrochene Tuberkulose ausüben können. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man jedenfalls den massenhaften Staubmengen, die z. B. in der Zementindustrie eingeatmet werden, eine ungünstige Wirkung zuschreibt, wenn man auch zugeben kann, daß der Zementstaub schon weniger verheerende Wirkung anrichtet, als etwa der Sandstaub.

Einmütige Verurteilung fand auf dem Kongresse die Arbeit mit weißem oder gelbem Phosphor, über deren schädliche Einwirkungen Menozzi berichtete, der überhaupt um das Gelingen des Kongresses sich die größten Verdienste erworben hat. Nur ein Verteidiger des Phosphors sprach, und zwar mit großer Bedenklichkeit: nämlich der Zoologe Grassi, rühmlichst bekannt durch seine Malariaforschungen, aber in seiner gewerkehygienischen Tätigkeit entschieden weniger glücklich. Er behauptete, die Zahl der Phosphorvergiftungen in Italien sei überhaupt eine viel zu geringe, um ein allgemeines Verbot der Arbeit mit giftigem Phosphor zu rechtfertigen. Allseitig wurden ihm die Mängel der Statistik, die Schwere der einzelnen Fälle und die Unmöglichkeit beinahe aller abklärten Staaten über die Notwendigkeit des Phosphorverbotes entgegengehalten. Und so dürfte die Gewerkschaft Grassis auch kaum von besonderer Bedeutung für die Regelung der Phosphorfrage in Italien werden.

Die Diskussion über das wichtige gewerbliche Gift, das Blei, wurde von dem Ref. selbst mit einem Vortrage über die Verhütung der Bleivergiftungen eingeleitet. Ref. folgte dabei im wesentlichen den theoretischen und praktischen Darlegungen Blums, die er selbst zum Teil experimentell geprüft hatte. Ref. konnte feststellen, daß Bleichlorid in nicht unwesentlichen Mengen vom Blute bei Einleitung von Kohlensäure gelöst wird, und damit es wahrscheinlich machen, daß die Behauptung Blums, das Blei würde innerhalb des Organismus in Bleicarbonat verwandelt, zu Recht besteht. Blums prophylaktische Maßnahmen stützen sich wesentlich auf die Tatsache, 1. daß Blei nur sehr langsam vollständig aus dem Organismus ausgeschieden wird und jede kleine neue Zufuhr von Blei wiederum neue Vergiftungserscheinungen hervorruft; 2. auf die Tatsache der Unlöslichkeit des Bleisulfids in den Körperflüssigkeiten. Die frühere Anschauung bedingt die Fernhaltung des Arbeiters von der Bleiarbeit, so lange noch Spuren einer Bleivergiftung nachweisbar sind. Die Diskussion förderte hier interessante Momente zutage: Teleky, Gilbert u. a. betonten die Unzuverlässigkeit des Bleisaums, der mitunter bei ausgesprochenen Bleivergiftungen fehlt, mitunter auch bei anderen Vergiftungen (Quecksilber) auftreten kann. Gilbert konnte auf Grund einer ziemlich großen Reihe von Versuchen auf die Zunahme der basophilen roten Blutkörperchen bei den Bleivergiftungen hinweisen, die er mit Grawig u. a. als ein Frühsymptom der Bleivergiftung bezeichnete, während Teleky diesem Befund nicht entscheidende Bedeutung beimessen konnte. Die Beobachtungen über die Unlöslichkeit des Bleisulfids hatte Blum veranlaßt, alle prophylaktische Maßnahmen den Gebrauch des Kreminseife zu empfehlen, welche Schwefelalkali enthält und dadurch das an den Händen der Arbeiter haftende Blei in Bleisulfid überführt. Referent konnte auf Grund von Laboratoriumsversuchen mitteilen, daß die von den Chemischen Werken Freiburg i. B. gelieferte Seife in der Tat ein Schutzmittel darstellt, dessen Anwendung in der Praxis aber leider noch nicht genügende Fortschritte gemacht hat. Einzelne Uebelstände, die der Seife anhaften (Geruch, schwere Beseitigung der entstandenen Bleisulfidflecken) lassen sich vielleicht vermeiden, wenn man an Stelle der Seife nach dem Vorschlag des Referenten eine Lösung von Schwefelkali in wässrigem Glycerin anwendet, deren Haltbarkeit Referent im Laboratorium bereits erproben konnte. Ueber die Prophylaxe der Bleivergiftungen in den graphischen Gewerben berichtet Ruffini und Referent konnte zu diesem Thema Beobachtungen anführen, in denen namentlich die Aufstellung von neuen Segmashines in einer Buchdruckerei zu einer unerwartet großen Luftverschlechterung und übermäßigen Erwärmung des Raumes Veranlassung gegeben hatte, die aber durch eine von der Firma Recknagel-München gelieferte Ventilationsanlage zum großen Teile behoben werden konnten.

Weitere praktische Erfahrungen müssen lehren, ob die Blumschen Anschauungen zu Recht bestehen. In dies der Fall, so wird man unzweifelhaft auch von einer anderen prophylaktischen Maßnahme in

weiterem Umfange wie bisher, in allen Gewerben, die ständig mit Blei zu tun haben, Gebrauch machen müssen, nämlich von den Urlaubsbewilligungen bei Fortbezug des Lohnes, eine Maßnahme, die unseren Industriellen schon mit Rücksicht auf die günstige Einwirkung, die sie auf den sozialen Frieden überhaupt haben, nicht dringend genug empfohlen werden kann. Bei einer vollständigen, wenn auch nur kurz dauernden Arbeitslosigkeit dürfen wir jedenfalls eine weitgehende Entgiftung des Organismus erwarten. Bemerkenswert war hier eine Diskussionsbemerkung Telefs, der in einem Jahre, wo ein Streik in einer Arbeiterorganisation stattgefunden hatte, die Zahl der Bleibergiftungen sinken sah.

Die letzten Sitzungen des Kongresses waren im wesentlichen der Organisation des gewerbehygienischen Unterrichtes, des Arbeiterschutzes, der Fabrikenspektion gewidmet. Referent konnte in einem kurzen Vortrage seine Erfahrungen über den gewerbehygienischen Unterricht an der Universität und technischen Hochschule in München darlegen, die von Prof. Roth-Büch in wirksamster Weise ergänzt wurden. Devoto motivierte bei dieser Gelegenheit die Schaffung einer besonderen Klinik für Gewerbekrankheiten, die, wie bereits eingangs erwähnt, in Mailand erfolgen soll, während Ref. dafür eintrat, daß neben den theoretischen Vorlesungen und Fabrikbesichtigungen ein Zusammenarbeiten aller Kliniken und Polikliniken in der Weise stattfindet, daß an einem Wochentage von den betreffenden Klinikern selbst die etwa vorhandenen Fälle von gewerblichen Krankheiten demonstriert werden, wozu dann der Gewerbehygieniker die nötigen Erläuterungen geben müßte. Jedenfalls bleibt es ein dringendes Postulat, daß der gewerbehygienische Unterricht für Mediziner durch besondere klinische Demonstrationen, der für Techniker durch eingehende Fabrikbesichtigungen mehr wie bisher ergänzt wird.

Zur Organisation der Fabrikeninspektion lieferte Gilbert-Brüssel einen höchst interessanten Beitrag durch seine Schilderung der belgischen Verhältnisse, welche namentlich über die Beteiligung der Ärzte an der Fabrikeninspektion in Belgien und über die diagnostische und präventive Tätigkeit derselben eingehenden Aufschluß brachte. In der Zentrale der Fabrikeninspektion in Brüssel arbeitet Gilbert selbst mit Hilfe eines Assistenten; die Zahl der in der Provinz beschäftigten Inspektionsärzte beträgt 3; dazu kommt aber noch eine große Zahl (ca. 150) Fabrikärzte, welche in den verschiedenen Gegenden des Königreiches funktionieren und die von dem Minister für Industrie und Arbeit beschäftigt werden. Sie sind bezahlt von den Industriellen, müssen aber aus einer kleinen Zahl von ortsanfänglichen Ärzten gewählt werden. Der Zentralfabrikeninspektion beigegeben ist ein Laboratorium, welches das nötige Instrumentarium für chemische, mikroskopische und bakteriologische Untersuchungen enthält und wohl das erste derartige Institut in der Welt sein dürfte. In dieser Weise ist in Belgien die Beteiligung des Arztes an der Fabrikeninspektion geregelt, die bekanntlich auch in England in großer Ausdehnung wirksam ist, wie auch aus einem Berichte, den Siglioli dem Kongresse lieferte, hervorgeht, und die nunmehr auch in Deutschland von Ärzten und Laien (auch von unserm Verbandsredakteur Abg. Goldschmidt im Abgeordnetenhaus, Red. d. Gewerbl.) dringend gefordert wird. Auf dem Kongress herrschte in bezug auf die Notwendigkeit, die Ärzte mehr als bisher an der Fabrikeninspektion zu beteiligen, Einstimmigkeit.

Jedenfalls kann man den Gilbertschen Bericht als eines der wertvollsten Dokumente des Kongresses bezeichnen. Die italienischen Referate zu diesem Gegenstande, wie sie von Gobbi und Fabrizi geliefert wurden, klangen sämtlich in dem Wunsch nach einer Versicherungsgegebung aus, wie er ja bei uns längst erfüllt ist. Das Referat, welches ein Regierungsvertreter über diesen Gegenstand in der Diskussion gab, ließ allerdings erkennen, daß in Italien Schwierigkeiten auf diesem Gebiete vorliegen, die aber bei gutem Willen durchaus nicht als unüberwindlich gelten können. Daß dieser gute Wille bei den Arbeitern wie bei den Arbeitgebern vorhanden ist, zeigen die vielen freiwilligen Organisationen, welche die Lücke in der Gesetzgebung bis jetzt ausfüllen. Ueber die Tätigkeit einer industriellen Vereinigung zum Zwecke des Arbeiterschutzes erstattete der Ingenieur Balleggio einen interessanten Bericht.

Samburger Brauer-Verein von 1889.

Vom 5. bis 7. Juli 1906 hielt der Bund deutscher, österreichischer und schweizerischer Brauergesellen im Preussischen Hof zu Allenburg seinen alle zwei Jahre stattfindenden Delegiertentag ab. Als Hauptpunkte standen neben vielen Anträgen von nebensächlicher Natur die Zentralisation des Bundes und Uebernahme der Zeitung in eigene Regie zur Verhandlung. Für die Zentralisation sprachen Schmidt-Magdeburg, Tüschler-Dessau und andere. Neumann-Hamburg legte in fast vollständiger Rede klar und deutlich die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses und weiteren Ausbaues des Bundes dar, unter gleichzeitiger Schilderung, wie sich das am besten durchführen ließe. Redner betonte, welchen ungeheuren Wert es für spätere Zeiten haben würde, wenn man die Zentralisation herbeiführe und einen namhaften Reservefonds ansammle; man möge hier nicht kurzichtig und ängstlich sein und sich nicht von kleinsten Gesichtspunkten leiten lassen, denn Geld spiele bei allen

Unternehmungen eine entscheidende Rolle. Niemand könne sagen, was die Zukunft bringe. Wer den Frieden will, rüste zum Krieg!

Die Zentralisation wurde bei der Abstimmung mit 45 gegen 40 Stimmen abgelehnt, ein „Erfolg“ der internationalen Unterdrückung jeder Agitation für die Zentralisation in unserem „eigenen“ Organ, Bundeszeitung genannt. Die eigene Regie der Zeitung, für welche wieder eine Anzahl Delegierter lebhaft eintrat, vor allem Scherzberg und Neumann-Hamburg, brachte eine lange Debatte. Scherzberg-Hamburg wendete sich gegen das öftere Zurückstellen vieler den gesamten Bund interessierenden und berührenden Vorgänge und Artikel und die elende Verkümmernng derselben in der Redaktion und führte einige den Bund schädigende und uns dem Spott aussehende Stellengefuge an, darunter eines nach dem „Königreich Polen“. Neumann-Hamburg ersuchte die Kollegen um Annahme des Antrages, da die ganze Existenz einer Organisation zum großen Teil von der Zeitung abhängig, die sozusagen die Seele derselben bilde. Sei diese aber krank, so kranke der ganze Körper schwer. Der Redakteur Herr Horn-Berlin könne unmöglich, auch wenn er den guten Willen dazu hätte, nie dem inneren Denken und Fühlen der deutschen Bierbrauer auch nur annähernd gerecht werden. Einem Mann, der nie in der Brauerjuppe gesteckt und die oft schweren und unangenehmen Arbeiten, sowie die Licht- und Schattenseiten des Brauerstandes nicht aus Erfahrung kennt, dem fehlt der Maßstab für die gerechte Beurteilung und das wahre Mitgefühl. Dieser Antrag wurde bei schon begonnener Abstimmung, welche noch einen anderen Modus vorzunehmen wünschte, arg verstümmelt mit 56 gegen 26 Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen, angenommen, nämlich in der Form, daß die Zeitung zwar nicht in eigener Regie erscheinen, sondern nur einen Mitarbeiter (als Sündenbock) erhalten soll. Der Mitarbeiter soll auch als Agitationsbeamter auf dem nächstjährigen Bundesbeiratsstag angenommen und beglaubigt werden, wenn man sich bis dahin nicht wieder anders besinnen sollte. Die weiteren Anträge wurden teilweise angenommen oder abgelehnt bezw. zurückgezogen; es ist nur noch erwähnenswert, daß der uns schon so oft dem Spotte anderer aussehende § 2. Abs. 3, das sogenannte „Streikverbot“, gestrichen wurde.

Ziehen wir nun die Bilanz des Delegiertentages, so kommen wir zu einem für uns scheinbar günstigen Abschluß. Beleuchten wir aber das Ganze, so sehen wir deutlich, wie viele Fremdkörper in diesem sonst so gefunden Körper vorhanden sind und vielfach hemmend und die Entwicklung des Ganzen störend wirken. Scheinbar willigte man in alles, man ließ sogar den unglücklichen Streikparagrafen fallen, jedoch in der Herenkliche hatte man schon ein reues einschläferndes Tränklein gebraut, welches man in reichlichen und gut verzuckerten Quantitäten den von der Arbeit durstig und müde gewordenen Delegierten verabreichte. Auch ein neues Hemd mit Wunderwirkung und schützender Kraft gegen Verletzung wurde dem keuschen, schüchternen Jüngling untergeschoben und unbemerkt streifte man dem gutmütigen, lammenrommen Bundeschimmel einen festen Zaum aus der reaktionären Kumpelkammer über den Kopf und wird sich durch ungeschriebene Paragraphen und verzwickte Buchstabenmäßige Auslegung der bestehenden schablos zu halten suchen.

Als deutliches Beispiel hierfür diene die verdrehte und entstellte Berichterstattung über den Delegiertentag in der Zeitung des Herrn Horn; der Delegiertentag scheint ihn so verwirrt zu haben, daß er gar nicht zu wissen scheint, was eigentlich „parifalaristisch“ in der Anwendung auf den Bund zu bedeuten hat. Mit Entrüstung muß sich aber jeder Delegierte und mit ihm die Mitglieder von einen Verfahren abwenden, dem kein Mittel zu schlecht ist, um des eigenen persünlichen Vorteils willen. Um treu zum Bunde stehenden Männern die Mitarbeit zu verwehren, hat man sich nicht geschaut, die Betroffenen der gesamten deutschen Brauerwelt gegenüber zu verleumbden und zu schädigen. Das schärfste gegnerische Organ hätte sich wahrlich anständiger benommen und sind wir gezwungen, gegen solche Unwahrheiten energisch Stellung zu nehmen. Der Ortsvereiner der Brauer von Hamburg sagte daher in seiner Vorstandsitzung folgende Resolution: „Die heute am 29. Juli 1906 bei Seimbach, Nordstr. 65, stattfindende Vorstandssitzung nimmt mit Entrüstung Kenntnis, mit welcher unerhörten Dreistigkeit die Delegiertentagsberichte in der Bundeszeitung verdreht und entstellt wiedergegeben werden. In Anbetracht der schweren Beleidigungen, welche sämtlichen Delegierten und Freunden der Zentralisation durch diese unverdiente Liebeshwürdigkeit zugefügt werden, beschließt der hiesige Gesamtvorstand mit Vorbehalt der Genehmigung der Mitgliederversammlung, die Bundeszeitung bis auf weiteres zu sperren, bis uns die Genugtuung geworden ist, daß Herr Redakteur Horn-Berlin, offiziell in der nächsten Nummer der Bundeszeitung die Erklärung abgibt, daß er sich absichtlich geirrt und die Delegiertentagsberichte nicht der Wahrheit gemäß veröffentlicht hat, um dadurch die Zentralisationsfreunde öffentlich verächtlich zu machen.“

Wird diese Erklärung verweigert, so sind wir gezwungen, fernerhin den „Gewerkverein“ als Publikationsorgan zu benutzen. Gleichzeitig geht den Bundesvereinen durch Flugblatt eine wahrheitsgetreue Schilderung der Tatsachen zu.“

J. A. des Gesamtvorstandes:
Franz Neumann, II. Vorsitzender.

Wochenchau.

Berlin, 31. Juli 1906.

Die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden im zweiten Quartal. Die Zahl der Verbände, die dem kaiserlichen Statistischen Amt Berichte über den Umfang der Arbeitslosigkeit einlieferten, betrug wie im ersten Quartal 64. Die Zahl der Mitglieder dieser Vereinigungen ist um ein bedeutendes gewachsen und beträgt 1304347. Ueber das Ergebnis der Erhebung ist folgendes zu berichten: Im zweiten Quartal wurden 70230 Fälle von Arbeitslosigkeit festgestellt, die sich auf 87073 männliche und 3157 weibliche Personen verteilen. Am 30. Juni waren noch 11757 Personen am Orte und 2553 auf der Reise befindliche Mitglieder arbeitslos. An Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt an 25677 männliche Mitglieder für 408348 Tage 563820,41 M.; 1017 weibliche Personen erhielten für 16402 Tage 11042,32 M. ausgezahlt. Als Unterstützung während der Reise wurden für 15193 männliche Mitglieder und 168232 Tage 184563,17 M., für 9 weibliche Personen und 21 Tage 27,80 M. aufgewendet. Alle Unterstützungen zusammen erreichen die Höhe von 759453,70 M.

Ueber die Arbeitslosigkeit in den Deutschen Gewerbevereinen gibt die folgende Tabelle näheren Aufschluß. Bemerkenswert ist, daß die Gewerbevereine der Bergarbeiter und der Schiffszimmerer keine Arbeitslosenfälle zu verzeichnen hatten, der Gewerbeverein der Frauen zwar 6 Fälle aufwies, jedoch keine Unterstützung zahlte, weil die fraglichen Personen noch nicht bezugsberechtigt waren.

Gewerbeverein	Fälle	Unterstützte Mitglieder		Erhalten Markt
		Mitglieder	Tage	
der Maschinenbau- und Metallarbeiter	909	637	10889	50 592
• Fabrik- und Handarbeiter	128	51	1067	1366
• Kaufleute (Handlungsgehilfen)	312	132	4831	7903
• Tischler	229	159	1452	2640
• Schuhmacher u. Lederarbeiter	55	53	869	1446
• Stuhl- (Textil-)Arbeiter	20	15	282	201
• Schneider	36	11	109	155
• graphische Berufe	16	13	261	293
• Zigarren- und Tabakarbeiter	12	12	120	165
• Töpfer	18	18	360	465
• Bauhandwerker	13	7	81	82
• Bildhauer	41	18	193	193
• Konditoren	16	6	67	78
Summe:	1805	1132	20581	65581

Zu dieser Tabelle ist folgendes zu bemerken: Gegenüber dem ersten Quartal dieses Jahres ist das Ergebnis der jetzigen Zählung, was den Umfang der Arbeitslosigkeit anbetrifft, ein äußerst günstiges. Sind doch die Zahl der Fälle um 444, die der unterstützten Mitglieder um 190 und die Zahl der Tage gar um 7523 gesunken. Besonders auffallend aber wirkt es, daß trotzdem die Unterstützungssumme von 40591 M. auf 563820 M. gestiegen ist; also ein Mehrumwand von 24990 M. erforderlich war. Diese eigenartige Erscheinung findet seine Aufklärung beim Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Während sich die Zahl der unterstützten Tage um 685 verringerte, erhöhte sich die Unterstützungssumme um 31060 M. Dieses auffallende Ergebnis muß seine Ursachen darin haben, daß die Ortsvereinsklassiker die lokalen Unterstützungen während der Aussperrungen und Streiks, oder die Unterstützung selbst in den Angaben mit angeführt haben. Es wäre zu wünschen, daß solches sich nicht wiederholt, da sonst ein falsches Bild von dem Stande der Arbeitslosigkeit und den dafür aufgewendeten Mitteln gegeben wird.

Eine Neuerung über die Art der Zählung tritt mit dem Ende des dritten Quartals in Kraft. Ueber die hierüber stattgefundenen Beratungen haben wir bereits in Nr. 25 des „Gewerbeverein“ berichtet. Wenn die endgültigen Erhebungen vorliegen, werden wir in einem besonderen Artikel darauf zurückkommen.

9. ordentlicher Delegiertentag des Gewerbevereins der graphischen Berufe und Maler. Am Sonnabend, 28. Juli, abends, trafen die Delegierten unseres Gewerbevereins der graphischen Berufe und Maler zur Generalversammlung in Gera zusammen. Anwesend sind 19 Delegierte und zwar: Dabruß-Berlin, Reinholz-Schöneberg, Gollmann-Weipzig, Hübner-Bautzen, Schöbel-Düsseldorf, Fleischer-Köln, Glanz-Zeit, Lindemanns-Gera, Krämer-Storchheim, Enders-Neuhäusen, Freil-Heidelberg, Wänsch-Weimen, Spröte-Palle, Schulze-Galle, Döschinger-Augsburg, Käuffer-Göppingen, Franke-Stettin, Büttner-Magdeburg und Weber-Zittau. Nicht-Gewesene sind: Gleiwig fehlt noch.

Der Generalrat ist vertreten durch den Vorsitzenden Schreiber, den Generalsekretär und Schatzmeister Prüfer und das Generalratsmitglied Kahl, sowie die Generalrevisoren Rohner und Falke. Der Zentralrat ist durch seinen Vorsitzenden Hartmann-Berlin vertreten.

Der Vorsitzende des Generalrats, Schreiber-Gera, erwähnt u. a. in seiner Begrüßungsansprache, daß ihm sein Alter an der Weiterführung seines Amtes hindere und er somit zum letzten Male den Delegiertentag eröffne.

Zu die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Büttner, Gollmann und Döschinger. Gegen die Mandate von Schöbel, Fleischer und Weil liegen Proteste vor, welche eine längere Diskussion hervorrufen. Nach derselben erklärt der Delegiertentag das Mandat von Fleischer für ungültig, die anderen Mandate werden anerkannt.

Zur Leitung der Verhandlungen werden gewählt: Dabruß-Berlin als 1. Vorsitzender, Schulze-Palle als 2. Vorsitzender und Franke-Stettin als Schriftführer.

Ein Antrag Stettin II, die Verhandlungen des Delegiertentages stenographisch aufzunehmen, wird abgelehnt, doch soll das Protokoll in ausführlicherer Weise abgefaßt werden.

Die Tagesordnung des Delegiertentages wird in der vorliegenden Form angenommen, worauf die Vorversammlung nachts 1 1/2 Uhr geschlossen wird.

Die Hauptverhandlungen begannen Sonntag mittags 2 Uhr mit dem Referat über „Die Vorteile der Tarifverträge“. Der Referent, Büttner-Magdeburg, erklärt die Tarifverträge für eine Notwendigkeit angesichts der zunehmenden Abhängigkeit der Arbeiter vom Unternehmertum. Tarifverträge sollen aber nicht nur als Massenstützpunkt für beide Teile dienen, sondern sie sollen ein Mittel zur Herbeiführung des sozialen Friedens sein. Der Vorteil der Tarifverträge besteht nicht nur darin, daß für den Augenblick Ruhe im Beruf eintritt, sondern auch besonders darin, bei jeder Konjunktur Sicherheit in den Erwerbsverhältnissen zu erzielen. Die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz, die sich besonders bei den Malern bei absteigender Konjunktur in Preisdrückereien äußert, sei ein weiterer Vorteil der Tarifverträge. Voraussetzung der Tarifverträge seien starke Organisationen beider Faktoren.

Der Zentralratsvertreter Hartmann geht, angeregt durch das Referat, auf die in England bestehenden Einrichtungen zur Verhütung von Streiks und Aussperrungen ein und betont, daß vor allen Dingen gegenseitige Achtung erforderlich sei, wenn man auch in Deutschland zu geordneten Verhältnissen kommen wolle.

Generalmitsglied Kahl-Gera erklärt, daß die soziale Frage nicht zuletzt eine Frage der Bildung sei. Mit der Förderung der Bildung in den Arbeiterklassen gehe auch die Anerkennung der Arbeiterorganisationen Hand in Hand.

Zum Schluß wird folgende Resolution angenommen:
„In Erwägung, daß in dem Abßluß von Tarifverträgen ein bedeutungsvoller Schritt für die geistige und sittliche Erhebung der Arbeiter getan ist, erklärt der 9. Delegiertentag es für seine heiligste Aufgabe, auch fernerhin in diesem Sinne wirken zu wollen, umso mehr als gleichzeitig damit ein freiwilliges Anerkenntnis der Gleichberechtigung der Arbeiter im wirtschaftlichen Leben zugestanden wird. Der Delegiertentag betrachtet es aber ferner als dringend notwendig, daß neben Tarifverträgen auch volle Koalitionsfreiheit und die schließliche Anerkennung der Arbeitervereine gewährt werden.“

Der Delegiertentag erklärt ferner, daß die Einführung der Tarifverträge möglichst in Verbindung mit andern Arbeiterorganisationen gleicher Branchen anzustreben ist. Wird diese Mitarbeit von den betreffenden Organisationen zurückgewiesen, dann behält sich der Gewerbeverein nach Lage der Verhältnisse ein selbständiges Eingreifen vor.“

Hierauf erläuterte Generalsekretär Prüfer den Tätigkeitsbericht, aus dem hervorgeht, daß der Gewerbeverein mehrfach an Vorkommnissen beteiligt war und auch Erfolge dabei erzielt hat. Die Mitgliederzahl ist wohl gestiegen, aber nicht in dem Maße, wie es im Interesse des Gewerbevereins liegt. Infolge der sich mehrenden Arbeiten im Bureau sei die Anstellung eines zweiten Beamten notwendig, um damit auch die Agitation lebhafter zu betreiben.

Zentralratsvertreter Hartmann befürwortet die innere Agitation energischer zu betreiben, die neu gewonnenen Mitglieder zu Gewerbevereinen zu bilden und vor allen Dingen: erst die Ortsvereine und damit den gesamten Gewerbeverein zu stärken. Die Arbeit für die Ausbreitungsverbände kommt erst in zweiter Linie, das Hand ist dem Menschen näher wie der Noß.

Der Tätigkeitsbericht ruft eine lange Diskussion hervor, an der sich fast alle Delegierten, mehrere wiederholt, beteiligen. Die Ausführungen aller Redner lassen den festen Willen erkennen, in Zukunft mehr für die Agitation zu tun und gipfeln in dem Willensausdruck, hierfür auch die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Hierauf referiert der Schatzmeister über den gedruckt vorliegenden Kassensbericht, der trotz vermehrter Ausgaben noch einen Ueberschuß aufweist. Die Kassensführung wird als richtig und völlig einwandfrei und ununterbrochen anerkannt. Auf Antrag der Generalrevisoren wird dem Generalrat und dem geschäftsführenden Beamten Prüfer einstimmig Entlastung erteilt und die weiteren Verhandlungen auf Montag vertagt.

Die Diskussion über die Frage, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern empfehlenswerter sind, nimmt ihre Fortgang. Die Gesellschaft für soziale Reform gibt erst jetzt bekannt, daß in ihrer Ausschussung vom 29. November vorigen Jahres beschlossen wurde, an die gesetzgebenden Körperschaften für die Errichtung von Arbeitskammern zu petitionieren. Der Standpunkt der Gesellschaft für

paritätische Interessenvertretungen kommt nicht überraschend, da sich die 2. Generalversammlung 1904 in Mainz gleichfalls für Arbeitskammern ausgesprochen hat. Die Aufgaben der zu errichtenden Kammern legt der Ausschuss der Gesellschaft für soziale Reform in folgenden 4 Sätzen fest:

1. Die Arbeitskammer als Interessenvertretung. Als Interessenvertretung stellt die Arbeitskammer Anträge zur Wahrung der Berufsinteressen der gewerblichen Lohnarbeiter an die staatlichen und kommunalen Behörden und Parlamente, sie erstattet Gutachten an die Behörden in allen die besonderen Interessen der Arbeiter betreffenden Angelegenheiten, verfasst periodische Berichte über die Arbeitsverhältnisse im Bezirk der Kammer und leistet Hilfe bei staatlichen Erhebungen über diese Verhältnisse.

2. Die Arbeitskammer als Einigungsamt. Als Einigungsamt beugt die Arbeitskammer Streitigkeit aus dem Arbeitsverhältnis vor, sie übernimmt die Vermittlung nach dem Ausbruch solcher und sucht auf den Abschluss von Tarifverträgen hinzuwirken. Bei der Feststellung des Tarifvertrages leiht sie ihre Mithilfe, wenn diese nachgefordert wird.

3. Die Arbeitskammer als Hilfsverwaltungsbehörde. Als Hilfsstelle der Verwaltungsbehörde hat die Arbeitskammer bei der Arbeitsvermittlung, der Durchführung der Arbeiterkassens- und Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung mitzuwirken. Bei der Arbeitsvermittlung werden ihre Aufgaben in der Übernahme von Verwaltungsfunktionen, bei der Arbeiterkassensgesetzgebung in der Unterstützung der Gemeindefunktionsbeamten bei ihrer Kontrolle der Gesetzesausführung zu bestehen haben. Hinsichtlich der Arbeiterversicherung wird in Erwägung zu ziehen sein, ob die Arbeitskammern nicht so zu organisieren sind, daß sie, wenn der Plan zur Vereinfachung der Organisation der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung zur Ausführung reif ist, als der Unterbau einer heraufsmächtigten Leitung, der die sozialpolitische Gesetzgebung innerhalb bestimmter Verwaltungsbezirke in erster Instanz auszuführen hat, dienen können, dessen Schaffung von dem Staatssekretär des Innern, Grafen von Hofmann, im Reichstag am 2. März 1905 als eine Aufgabe der Zukunft bezeichnet worden ist.

4. Beteiligung der Lohnarbeiter und der Privatangestellten. Bei der Feststellung der Aufgaben der Arbeitskammern geht der Ausschuss von der Ansicht aus, daß, soweit Lohnarbeiter in Frage kommen, die Organisation der Kammern nur gewerbliche Arbeiter, dabei aber auch die in feststehenden Betrieben beschäftigten, umfassen soll. Der Ausschuss hält es aber für notwendig, daß auch für die anderen Kategorien der Arbeitnehmer, insbesondere für die Handlungsgehilfen und die Privatbeamten zur Vertretung ihrer Interessen geeignete Institutionen geschaffen werden.

Zur Begründung dieser Forderungen hat dem Ausschuss eine Anzahl namhafter Sachverständiger Gutachten erstattet. Diese beziehen sich auch auf die Ausgestaltung der Arbeitskammern, den sie umfassenden Personenkreis und das Wahlrecht der Arbeiterinnen. Die Gutachten dieser Sachverständigen sind in einem besonderen Hefte der Schriften der Gesellschaft erschienen und geben einen interessanten Ueberblick über die Anschauungen, die man in sachverständigen Kreisen über die zukünftige Gestalt und die Aufgaben der Arbeitskammern hat.

Arbeiterbewegung. Die Wütcher in Danzig und Umgegend sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben den Arbeitgebern einen Lohnantrag übermittleit, worin verkürzte Arbeitszeit und ein Wochenlohn von 27 Mk. gefordert wird. — Die Brauer und Brauereiarbeiter in München haben mit den Brauereien einen Tarifvertrag abgeschlossen. Vereintart wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit im Winterhalbjahr um 1/4 Stunde täglich, sowie eine Lohnerhöhung von 2-4 Mk. pro Woche. — Die Brauer in Dorndorf haben gleichfalls eine Lohnerhöhung durchgeführt. Der Anfangslohn für Brauer beträgt 22 Mk., steigend bis 25 Mk. für Bierkutscher 19 Mk., steigend bis 22 Mk., sowie zehnstündige Arbeitszeit. — Der Streik der Tischler und derjenige in der Fahrzeugfabrik zu Eisenach sind zugunsten der Arbeiter beendet worden. — Der Ausstand der Schreiner in Herne ist durch den Abschluss eines Tarifvertrages, der bis zum 30. April 1908 Gültigkeit hat, beendet worden. Die Regelung von Streitigkeiten übernimmt eine Kommission von je 3 Arbeitgebern und -nehmern. — Die Bauhilfsarbeiter in Straßburg erhielten nach kurzem Ausstand eine angemessene Lohnerhöhung zugehanden. — Der Streik der 2100 Dachdecker in Dresden ist beendet. Sie erreichten sofortige Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. — In Köln wurden auf Beschluß der Vereinigung der Arbeitgeber im Baukempner- und Dachdecker-gewerbe fast alle Arbeiter dieser Branche Ende vergangener Woche ausgesperrt. — 300 Rieter und Fahrer der Schiffswerft in Flensburg sind in den Ausstand getreten. — Die Hafearbeiter in Rostock sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Von der Aussperrung der Glaser in Berlin und Umgegend sind bis jetzt über 600 Personen betroffen. Eine weitere Ausdehnung der Aussperrung ist zu befürchten. — Die Handschuhmacher in Hohenstein, Ernstthal und Umgegend verlangen von den Fabrikanten eine Lohnerhöhung von 50 Pfg. pro Duzend. Sie erhielten jedoch nur eine solche von 30 Pfg., womit sich die Wirter einverstanden erklärten. — Die Fabrikanten in Glauchau und Meeraue haben den Webern auf die am 15. Juli eingereichten Forderungen um eine 20 proz. Lohnerhöhung geantwortet, nur mit der aus Arbeitgebern und -nehmern bestehenden Rennerkommission zu verhandeln. Es ist jedoch jetzt schon bekannt, daß die Unternehmer es ablehnen, irgend welche Lohnaufbesserungen vorzunehmen. — Die Steinbrucker und Lithographen in Stettin sind am letzten Sonnabend in den

Ausstand getreten. — Der allgemeine Ausstand der Buchbinder scheint nun doch seinen Abschluss gefunden zu haben. Es wurde ein Tarif abgeschlossen, der bis zum Jahre 1911 Gültigkeit hat. Nach diesem wurde der Minimalstundelohn um 2 Pfg. erhöht und beträgt für Leipzig 48 Pfg., für Berlin 50 Pfg. und für Stuttgart 47 Pfg. Die Erhöhung tritt am 1. November d. J. in Kraft, eine weitere Erhöhung um 2 Pfg. erfolgt am 1. Januar 1908. Die Frauen und Mädchen erhalten vom 1. November d. J. ab eine Zulage von 2 Pfg. pro Stunde und vom 1. Januar 1908 ab eine weitere Aufbesserung von 1 Pfg. In Stuttgart machen die Gehilfen die Aufnahme der Arbeit von der Bedingung abhängig, daß innerhalb 2 Wochen sämtliche Aussperrte wieder eingestellt sein sollen. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes erklärte, daß, falls die Arbeit nicht sofort wieder aufgenommen wird, die allgemeine Aussperrung von neuem erfolgt. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß es zu dieser neuen Aussperrung kommt, weil ein großer Teil der Stuttgarter Buchbinder trotz dieses Beschlusses doch zur Arbeit zurückkehren dürfte.

Aus Westfalen wird **Arbeitermangel im Bergbau** gemeldet. Eine Bergwerkgesellschaft im Ruhrgebiet habe den Versuch gemacht, belgische und französische Bergarbeiter heranzuziehen. Die Agenten brachten auch eine größere Anzahl belgischer Arbeiter auf die Beine, die geneigt waren, in den Bergwerken Rheinland-Westfalens Arbeit anzunehmen. Auf Anfrage erfuhr die Gesellschaft aber, daß keiner der in Frage kommenden belgischen Arbeiter soviel Kenntnisse der deutschen Sprache besaß, daß er sich hätte verständlich machen und die Grubenvorschriften hätte lesen können. Interessant ist, daß die Gesellschaft aus dem französischen Kohlenreiter die Nachricht erhielt, daß kein dortiger Grubenarbeiter Neigung zur Auswanderung nach Deutschland habe.

Es wird weiter gemeldet, daß andere Bergwerke durch **erhebliche Lohnerhöhungen** ihre Belegschaft zu vermehren suchten. Diese Lohnerhöhungen sollen auf einzelnen Gruben bis zu 10 pCt. vorgenommen sein. Auf Hibernia, der Gelsenkirchner und Nordsterngesellschaft, auf den Gruben bei Oberhausen, sowie auf den sächsischen Bergwerken sollen die Löhne „mehr oder minder erheblich“ erhöht worden sein.

Das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften trägt im Jahresbericht betreffend die **Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle** recht lebhaft über den Mangel an Energie im Fortschritt der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 59 pCt. aller Mitglieder verteilten sich auf 41 Großstädte. Die Entwicklung in den Großstädten bleibe jetzt aber zurück. Trotz gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwunges in den letzten Jahren sei die Gewerkschaftsbewegung nicht in gleichem Maße fortgeschritten. Besonders auffallend sei der Rückgang der Mitgliederzahl in verschiedenen Städten, der z. B. in Eberfeld-Barmen nicht unbedeutend sei. Besorgnispregend wird hinzugefügt, daß es sich hierbei jedoch nicht lediglich um einen Austritt aus der Organisation, sondern teilweise um den Austritt der Organisation aus den Kartellen handle.

Vor der Parteibohheit rückt auf dem Banke der Vorstand des deutschen Metallarbeiterverbandes, denn er erreicht 150 Berliner Mitgliedern seiner Organisation eine Rüge, weil sie nicht an der Maisfeier teilgenommen haben. Die Berliner Ortsverwaltung hatte den „Ausschluss dieser Elemente“ beantragt. Natürlich haben viel mehr Mitglieder am 1. Mai gearbeitet. Diesen 150 aber war nachgewiesen worden, daß sie für die Maisfeier gestimmt und dann doch gearbeitet hatten. Diese Unehrlichkeit selbst verdient allerdings eine Rüge. Nur ist der Vorstand des Metallarbeiterverbandes nicht dazu berufen, über Heuchler das Urteil zu fällen, nachdem er mit seiner Methode, Mitglieder zu gewinnen, die Heuchelei geradezu groß zieht. Um den Parteivorstand zu verhöhnen, der die wegen der Maisfeier gemäßregelten Verbändler unterstützt hatte, mußte aber wohl als eine Art Gegenleistung die Rüge erfolgen.

Ueber die Schweinefleischpreise im Jahre 1905 gibt eine Zusammenstellung im soeben erschienenen statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich nähere Auskunft. Der Kleinhandelspreis wurde berechnet nach den Preisen in 15 bedeutenden Marktplätzen des Deutschen Reiches. Berechnet wurde der Durchschnittspreis von 12 Monaten. Gegen das Jahr 1904 war die Steigerung der Preise am bedeutendsten in Breslau mit 39 Pfg. für das kg; dann folgen Kiel mit 31, Danzig mit 29, Hannover, Aachen und München mit je 26, Mannheim mit 25, Karlsruhe mit 24, Berlin mit 23, Stettin mit 22, Dresden und Stuttgart mit 19, Magdeburg und Straßburg mit je 16 und Lindau mit 10 Pfg. Den höchsten Preis hatte das Schweinefleisch in Aachen mit 199 Pfg. für das kg; demnächst in Dresden mit 172, in Breslau mit 171, Straßburg mit 168, München mit 166, Stettin mit 164, Mannheim mit 161, Lindau und Karlsruhe mit 160, Kiel und Stuttgart mit 157, Berlin mit 155, Hannover mit 150, Magdeburg mit 146 und Danzig mit 145 Pfg. Unseren Hausfrauen werden allerdings diese amtlichen Marktpreise etwas niedrig vorkommen.

Tatsächlich sind die Preise vielfach noch höher gewesen als die hier angegebenen Marktpreise.

Fast eine halbe Million Menschen hat das Deutsche Reich am 1. Juli mehr aufzuweisen als am 1. Dezember 1905, wo die Volkszählung nach vorläufiger Feststellung eine Bevölkerungszahl von 60605183 ergeben hatte. Die Bevölkerungszahl vom 1. Juli d. Js. wurde auf 61102000 berechnet. Deutschland hat in den letzten 10 Jahren seine Bevölkerung um 8,3 Millionen und in den letzten 20 Jahren um 13,47 Millionen vermehrt. Seit Gründung des Reiches betrug die Bevölkerungszunahme 20,1 Mill. Köpfe oder 49 pCt.

Das furchtbare Grubenunglück von Courrières soll keine strafrechtlichen Folgen für die Staatseingetragenen haben. Der mit der Untersuchung betraute Richter Böhnen hat in seinem amtlichen Bericht die Niederschlagung des Besahrens gegen die der fahrlässigen Leitung angeklagten Staatseingetragenen empfohlen. Die Ingenieure hätten ihre Pflicht getan. Von den verunglückten Arbeitern sind bis jetzt 1064 Tote gutzugebracht. Es fehlen jetzt noch 31 Arbeiter. Man hofft aber auch, deren Leichen binnen kurzem herauszuholen zu können.

Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob die französische Staatsanwaltschaft nicht gegen die Besitzer bzw. deren Vertreter vorgehen will. Bekanntlich haben die Grubendelegierten wiederholt auf den Grubenbrand aufmerksam gemacht, ohne daß eine Abdämmung des Feuers vorgenommen wurde.

Ein Invalidenheim für Eisenbahnarbeiter hat die Pensionskasse der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft für ihre Mitglieder in Jenkau bei Danzig errichtet. Dieses Invalidenheim hat sich in den zwei Jahren seines Bestehens so bewährt, daß die Kasse beabsichtigt, zwei weitere derartige Anstalten zu errichten. Neuerdings aber hat nun auch die Pensionskasse der sächsischen Eisenbahnarbeiter eine Umfrage bei ihren Mitgliedern veranstaltet, ob nicht auch in Sachsen das Bedürfnis für die Errichtung eines solchen Heims vorhanden sei. Es wird, wie die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“ mitteilt, beabsichtigt, dieses Invalidenheim auf dem Grunde anzulegen, das Kasernen- oder Hospitalartige an diesem Heim zunächst zu vermeiden und möglichst villenartige Einzelbauten mit anheimelnden Wohnräumen, Balkons, Veranden usw. zu schaffen. Die Aufgenommenen sollen volle Verpflegung und Pflege auch bei Krankheit und Siechtum erhalten und in ihrer Freiheit sowie in der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte in keiner Weise beschränkt werden. Dem Invalidenheim denkt man einen Teil ihrer Zusatzrente belassen und sich auf die Beanspruchung ihrer Invaliden- und Altersrente beschränken zu können.

Gewerkevereins-Teil.

Kattowitz. Gewerkevereins-Verbandsfest. Nach dem Regentage am Sonnabend, vor kaum zu hoffen, daß uns ein schöner Sonntag, 15. Juli, beschieden sein würde. Und doch ging bereits früh morgens die Sonne goldig auf und blendete uns den ganzen Tag bis in die Nacht hinein. Es konnte daher nicht Wunder nehmen, daß die Ortsvereine von nah und fern zahlreiche Delegationen zum Doppeltage in Kattowitz schickten. Die Ortsvereine entsandten hatten. Es handelte sich darum, eine alte Gewerkevereinsfahne aus dem Jahre 1869, geweiht damals am 14. August in Siemianowice und einst im Besitz des Laurahütter C.-B. der Fabrik- und Handarbeiter, von neuem, nachdem sie der Vergeßlichkeit entfallen war, zu weihen, diesmal für den Verband, dem sie gewidmet worden ist. Zum andern sollte die Fahne der Jalenzer Maschinenbauer geweiht werden. Beides im Establishement Grünfeld, wo alles würdig zum Empfang der Gewerkevereiner zubereitet war. Der Festzug trat um 3 Uhr auf dem Markt zusammen. Der Ortsverband Kattowitz mit 18 Ortsgruppen war vollständig und reichlich vertreten. Auch aus benachbarten Kreisen hatten sich viele Ortsvereins-Delegierte zu dem freudigen Feste eingefunden. Ebenso war die hiesige Feuerwehr, die Turner und der evangel. Männer- und Jünglingsverein vertreten. Im ganzen wurden im Zuge 18 Fahnen geführt. Der Zug an dessen Spitze, hinter dem Musikcorps, der Vorstand marschierte, setzte sich nach Abholen der Fahnen aus dem Polizeigebäude um 3 1/2 Uhr in Bewegung — eine schier endlose Reihe von imposantem Anblick. Die Leitung lag bei Herrn Gries, dem Vorsitzenden, mit gewohnter Sicherheit seines Amtes wallend. Die Grundmannstöße entlang durch Jalenzerdurch bewegte sich der Zug nach dem dortigen Gemeindefaule, wo die neu zu weihende Fahne abgeholt wurde. Dann ging's zurück zu Grünfeld, wo sich der Zug auflöste. Inzwischen war Herr Redakteur und Landtagsabgeordneter Goldschmidt, Berlin angelangt, begrüßt von den Führern des Verbandes. Auch Herr Bürgermeister Neugebauer-Kattowitz hatte sich zu dem Jubelfest der Deutschen Gewerkevereine eingefunden. Der Weibfest begann um 1/2 Uhr mit einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Gries, der seine mächtig ländernde Worte ausging ließ in ein Hoch auf Kaiser Wilhelm. Dem Gesänge der Nationalhymne folgte ein Prolog, verständig vorgelesen von Fr. Selma Gries. Nunmehr ging die Liebergabe der alten Fahne, vom „Oberstl. Tagebl.“ gewidmet dem Ortsverbande Kattowitz, vor sich. Redakteur Goldschmidt richtete folgende Worte an die Versammlung. Sehr weite Damen und Herren! Liebe Verbandskollegen! Vor wenigen Wochen war es, als uns durch den rührigen Vorsitzenden des C.-B. der Maschinenbauer I zu Laurahütte, Herrn Krißke, die Mitteilung wurde, auf einem Boden in Laurahütte befindet sich eine alte Gewerkevereinsfahne, verkauft und vergessen. Und der umfichtige Vorsitzende des Maschinenbauer C.-B. zu Jalenze, Herr Wolnikowicz, gab alsbald die Anregung, diese Fahne für den Verband zu erwerben und sie mit der Jalenzer Fahne neu zu weihen. Im Verein mit den genannten Herren und meinem Kollegen Arendt vom „Oberstl. Tagebl.“ begab ich mich dann nach Laurahütte. Wie Krißke gesagt, so war es. Auf einem dunklen, staubigen Boden lag die alte Gewerkevereinsfahne, die vor 37 Jahren der damalige Verein

geweiht hatte. Erhalten sind aus jener Zeit noch 3 Veteranen (die Herren Preußler, Goebel und Traßkama), die die damalige Weihe mitgemacht haben, heute noch stramme Gewerkevereiner sind und bekräftigt als Jubilare in der Festversammlung weilen. Aus der Geschichte des Vereines sei des ferneren mitgeteilt, daß die ursprünglichen Farben der Fahne nicht, wie es heute der Fall ist, schwarz-weiß-rot, sondern schwarz-rot-gold waren. Als ein eigenständiger, noch etwas vormalig ammutender Zug jener Zeit muß es angesehen werden, daß die Polizei jener Tage darauf drang, daß die Farben beseitigt wurden. Man nahm daher das Gold heraus und ersetzte es durch Weiß, gleichsam als ob die damaligen Gewerkevereiner im Jahre 1869 vorausgesehen hätten, daß nach etwa 1 1/2 Jahren das neue Deutsche Reich schwarz-weiß-rot annehmen würde als Landesfarben. Die Gewerkevereiner jener Zeit wurden vielfach verfolgt von den Behörden und Unternehmern und häufig rücksichtslos gesprengt. Vor etwa 12 Jahren ging der Verein ein. Der mächtig sich ausbreitende Maschinenbauer C.-B., den die Fabrik- und Handarbeiter gegründet hatten, nahm die Reste in sich auf. Die Fahne erwarb einer der letzten, da er sie nicht umkommen lassen wollte. Vor 4 Jahren starb der Braue. Wir hielten es nun für ein Werk der Pflicht, des Gedenkstücks und der Liebe zum Gewerkeverein, wenn wir die Fahne von der Witwe des Verstorbenen erwarben. Mein Kollege Arendt war es, der die Anregung dazu gab: der Vorstand des „Oberstl. Tagebl.“, dessen Leiter seit dem Tode der Gewerkevereiner sind, sollte die alte Fahne, die noch erhalten ist, für sich erwerben und sie alsdann dem Verbandsrat Kattowitz übergeben. Das soll nun heute geschehen. Zugleich im Namen meines Verbandskollegen Arendt übergebe ich, der Vertreter des „Oberstl. Tagebl.“, dem Verbandsrat die Fahne. Kollegen vom Verbandsrat! Halte fest, schaut Euch treu um das alte Banner, laßt nicht zu, daß das alte, ehrwürdige Banner wiederum in Vergeßlichkeit gerät und somit ein unermittliches Ende nimmt, sorgt dafür, daß der Verband Kattowitz allezeit groß und rührig bleibt und laßt Euch bis in ferne Zeiten die alte neue Verbandsfahne vorantreiben!

Nachdem sich der Beifall, mit dem diese Worte aufgenommen wurden, gelegt hatte, dankte der Vorsitzende Gries den beiden Vertretern des „Oberstl. Tagebl.“, das das Organ des Kattowitz Verbands der Deutschen Gewerkevereine ist, für die Zureignung und versprach, es treu hüten und immerdar schützen zu wollen. Alsdann erteilte er zur Fest- und Beseitigung des Wortes dem Verbandskollegen Hg. Goldschmidt: Sehr geehrte Festversammlung! Deutsche Frauen und Männer! Auf einem freudig-ernten Fest sind wir heute hier versammelt. Wenn der Herr Vorsitzende in seiner Begrüßungsansprache mit besonderem Dank hervorgehoben, daß ich aus dem weiten und uns allen doch so nahen Berlin hier hergekommen bin, um das Fest der Vereiner zu helfen, so will ich hinzufügen, daß es mir eine große Freude ist und daß es dem Zentralverband eine große Freude war, mich entsenden zu können, weil, der letzte Fest-Versammlung, der Zentralrat weiß, daß die Gewerkevereine in Schlesien nicht nur äußerlich zusammenhalten, sondern in den Herzen ihrer Angehörigen fest begründet sind. Auf Schlesien darf der Verband der Deutschen Gewerkevereine rechnen, auf Schlesien, darf sich die Verbandsleitung alle Zeit verlassen. Sie haben heute in langen Festzügen der Kattowitz und Jalenzer Bevölkerung gezeigt, daß Sie für die Gewerkevereinsfahne freudig und gern eintreten. Es war ein Glaubensbekenntnis für die Idee der Gewerkevereine. Es hat gezeigt, daß die Gewerkevereine zahlreiche Anhänger im Kreise Kattowitz gefunden haben, daß in diesem Boden die Saat nicht nur ausgefreut, sondern auch aufgegangen ist und reiche Früchte bereits getragen hat. Und diese herrlich aufgegangene Saat, dafür bürgen Sie mir, will und wird noch mehr Früchte tragen. Sie wollen heute ein neues Wahrzeichen des treuen Zusammenhaltens einweihen. Eine Fahne, die ihr Entstehen in die erste Zeit der Begründung der Gewerkevereine zurückzuführen kann, ist beifolgt, an der Spitze des Ortsverbandes der Deutschen Gewerkevereine zu Kattowitz entfallend zu werden. Auch dem Jalenzer C.-B. der Maschinenbauer- und Metallarbeiter soll ein neues Wahrzeichen gestiftet werden. Das ist gewiß ein freudiger Anlaß, der unsere Herzen höher schlagen läßt. Wir stehen mit unseren Anschauungen auf dem Boden der heiligen Staats- und Wirtschaftsordnung. Wir setzen unsere Hoffnung nicht auf eine ferne Zukunft, sondern wir wollen durch eigene Kraft dazu beitragen, daß der Arbeiter in geistiger und wirtschaftlicher Beziehung gehoben wird und wir wollen als deutsche Gewerkevereiner dazu mitwirken, daß durch Hebung der ganzen Arbeiterklasse das Menschengut zu höherer Kraft emporgehoben wird. Wir deutschen Gewerkevereiner wollen, daß die Arbeiter in der Lage sind, durch Fleiß und Energie so viel erwerben zu können, daß sie allein für die Familie zu sorgen imstande sind. Wir wollen nicht, daß wie es so oft geschieht, auch noch Frau und Kinder in den Dienst der Arbeit gestellt werden, nur um der Familie das Notwendige zu beschaffen. Wir wollen, daß die Frau und Mutter der Familie erhalten wird, die Erzieherin der Kinder ist und daß die Familie anständig leben kann. (Bravo!) Sie können in heutiger Zeit lange Verhandlungen darüber lesen, daß die Jugend mehr und mehr verrotzt, daß die Zahl der Bestraften, der jugendlichen Verbrecher in erschreckender Weise zunimmt. Etwas ist wahr an dieser Statistik. Doch das liegt nicht an dem deutschen Arbeiter: Weib den Kindern die Mutter zurück, damit sie sich um die Erziehung der Kinder kümmern kann. (Bravo!) Die Kinder müssen unter den Augen der Mutter aufwachsen, dann werden sie zu nützlichen Gliedern der Menschheit heranblühen. Dann wird der Arbeiter, wenn er nach ernster Arbeit müde und abgearbeitet nach Hause kommt, ein gemüthliches, trautes Heim finden, wohl vorbereitet durch die Gattin. Wie anders ist dies, wo bei langer Arbeitszeit der Arbeiter nach Hause kehrt, wenn die Kinder bereits wieder zu Bett sind, und der Vater morgens früh zur Arbeit geht, wo die Kinder noch nicht auf sind! Wir haben auf dem Gebiete der Technik und Industrie ungeheure Fortschritte gemacht und da wollen wir zu erringen suchen, daß die Arbeitszeit sich so gestalte, daß der Vater sich kümmern kann um seine eigene Fortbildung und die der Kinder. Natürlich tun wir das alles nicht bloß um unserer selbst willen, sondern auch zugunsten des Staates, denn es beruht das ganze Wohl des Staates auf dem gefunden Familienleben. Wir wollen jeden einzelnen Arbeiter in den Stand setzen, daß in ihm das Bewußtsein lebt, ein Mensch zu sein, daß er sich als gleichberechtigter Bürger fühlt, gleichberechtigt auch den Unternehmern gegenüber. Nicht wollen wir als Bürger 2. Klasse angesehen werden. Aber wir wollen auch uns nicht absondern, sondern in dem Volke leben. Wir stehen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, sondern wir wollen Bürger sein, freie Männer im Staate. Wir wollen auch wirken an der

Emporhebung der Arbeiterkraft und an der Befestigung unseres Vaterlandes. Wir wollen unseren Patriotismus nicht betätigen durch allgemeine Phrasen. Wäre das Menschenleben nicht weiter als zu sorgen, Tag ein, Tag aus, dann verlohnte es sich für manchen Menschen nicht, überhaupt zu leben. Für uns ist Arbeit und Leben etwas Höheres. Wir dienen dem Fortschritt und können das nur tun, wenn man uns nicht über die Schulter ansieht, nur immer mehr und mehr das edle Streben der Gewerkschaften an und läßt uns Freude vernommen habe, auch hier in Kattowitz der Fall. Der Bürger lassen, um zu zeigen, daß er die Bestrebungen der Gewerkschaften billigt. Und die Gemeindevorwaltung tat auch daran. Ich habe vorhin gehört, daß der Armen Rat sich hier auf 132 000 Mk. beläuft. So kann sich die Gemeinde zur Last zu fallen, sondern sich aus eigener Kraft zu helfen. Die Unergründlichkeit und Zerrissenheit, liebe Freunde, war es, die bisher die deutschen Arbeiter abgehalten hat, zu besseren Arbeitsbedingungen zu gelangen, weil sich die Arbeiter sehr häufig leiten lassen von partei-politischen und kirchlich-politischen Richtungen. Heute glaubt man, es müsse eine Organisation für die Katholiken, eine für die Evangelischen, eine für die Sozialdemokraten, eine für die Freischinnigen, eine für die Nat. Liberalen geschaffen werden. Das ist nicht richtig! Fort mit aller Religionspolitik, fort mit der Parteipolitik aus den Arbeitervereinen! Der einzelne soll sich religiös und politisch betätigen, wie er will, in die Arbeitervereine gehört das nicht. Denn wenn die Arbeiter durch die Organisation zersplittert sind nach Glaubens- und Parteirichtung, dann haben die Unternehmer, die oft so wenig Verständnis für die Lage der Arbeiter haben, Gelegenheit, nach eigenem Ermessen für die Lage der Arbeiter zu sorgen, die den Arbeiter nicht als gleichberechtigt anerkennen, tun sich zu starken Verbänden zusammen; sie fragen nicht danach, ob der einzelne katholisch oder evangelisch ist, welcher politischen Richtung er angehört. Zu einem Ganzen schließen sie sich zusammen gegen die Arbeiter und lächen sich über den Unverstand der Arbeiter, die sich gegenseitig beschden, ins Räufchen. Da muß der Ruf, den Dr. Marx Hirsch an die deutschen Arbeiter gerichtet hat im Jahre 1868, von neuem erschallen: Arbeiter tut Euch zusammen, kommt in die Gewerkschaften, denn nur durch die Organisation kann es Euch gelingen, bessere Arbeitsbedingungen zu erringen! Die politische und religiöse Anschauung kann ja jeder für sich zusammenfassen der Organisation betätigen. Innerhalb der Deutschen Gewerkschaften haben wir treue Katholiken, die seit an ihrem Glauben halten, treue Männer des ewigen Glaubens und wir haben solche, die anders religiös veranlagt sind. Keiner der Gewerkschaftsbrüder macht dem andern aus seinem Glauben einen Vorwurf; das sind Fragen, die nicht Gegenstand des Streites sein dürfen. Einig wollen wir im Gewerkschaft sein, wir Arbeiter, ein einzig Volk von Brüdern sein. Friedrich Schillers Wort sollen wir befolgen, wenn wir in der Gewerkschaft vereinigt vorzukommen wollen: Seid einig, einig, einig! Nur wenn wir auf dieses Wort hören und es auch üben, dann wird die große Gewerkschaftsfrage niemals ungelöst und verloren gehen.

So soll denn nun eine neue Fahne gestiftet werden für den Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeitern Jalenze. Noch steht sie verhält vor uns, noch haben wir sie nicht sehen können. Wenn sie aber vor uns entfaltete ist, wenn sie den Reichspräsidenten erhalten hat, dann muß sie in den Händen des Ortsvereins als treues Kleinod geachtet und gehalten werden. So soll nun diese Fahne dem Jalenzer Ortsverein dornern vorangetragen werden in allen ernsten und allen frohen Tagen. Wägen die Zeiten des bitteren Ernstes und der Trauer um verstorbene Freunde möglichst wenig jahrelang sein. Wägen aber die Tage der Freude, die die Gewerkschaften bei ihrer Fahne verbringen können, sich mehren und die Gewerkschaften in immer rascherer Folge dem Ziele entgegengeführt werden. Folgen wir den Grundgedanken Dr. Marx Hirsch, die wir auch über dessen Tod hinaus lebendig erhalten wollen. — Und nun lasse ich entfallen, neue Fahne! Halte die Fahne dem Verein! Und Ihr Fahnenjunker, Ihr werdet selbst diese Fahne der Fahne zu halten haben. Ihr werdet von der Fahne nicht weichen, so lange an ihr noch eine Feder ist. Und wenn Euch später der Tod abrufen sollte, dann wird sie in gleichwürdige Hände gelangen als Wahrzeichen treuen, brüderlichen Zusammenhaltens in dem Ortsverein Jalenze. Und nun entlasse auch Du Dich, altes Wahrzeichen der Gewerkschaft. Du warst schon in den 60er Jahren bestimmt, dem Gewerkschaften voranzuführen. Nun wirst Du von neuem Deinem Zwecke zugeführt. Auf der Rückseite steht der deutsche Adler. Es soll damit gesagt sein, daß auf dem Boden unseres Vaterlandes die Fahne steht. Mag der Adler auch in fünfzig Tagen uns an die Pflichten gegen das Vaterland mahnen. Das ist in heutiger Zeit zu mahnen nicht ganz überflüssig. Vor 100 Jahren war es, gerade in dieser Woche sind 100 Jahre darüber vergangen, daß deutsche Fürsten dem großen Weltkrieger, dem französischen Kaiser, sich beugten und ihr eigenes Vaterland verrieten. Die Fürsten lüchten sich zu Könige machen, aber sie hatten nicht genug Empfinden des Volkes. Das Volk wollte ein einheitliches, deutsches Reich. Doch von unserem Hohenjollerhaufe darf auch heute gesagt werden, daß es sich dem fremden Kaiser nicht beugte. Es hat hochgehalten das Banner. Es hat heute nichts mehr, daß viele der deutschen Fürsten damals anders gehandelt haben. Ihr treues Zusammenhalten seit 40 Jahren hat wieder ausgelöst die Schwäche vor 100 Jahren. Sept sind wir nicht nur ein Bund der Fürsten, sondern der eines Volkes deutscher Brüder. Und wir im Gewerkschaften wollen, so lange Kraft in uns ist, nicht lassen, daß wir deutsche Bürger, deutsche Männer sind. Wir werden in unserer Arbeit auch gleichzeitig dem Staate dienen. Und dieser Arbeit sollst Du, altes, ehrwürdiges Banner, gewidmet sein. Es gehebe zum Segen der Arbeiter, insbesondere der von Kattowitz und Umgebung und der Heimat. Geben wir daher unseren Gefühlen Ausdruck: Das deutsche Volk und mit ihm die Deutschen Gewerkschaften leben hoch, hoch, hoch!

Schon mitten im Vortrage hatte die Kopf an Kopf vor dem Dräger, das als Rednertribüne hergerichtet war, stehende Menge den Redner durch vielfache Bravos und Händeklatschen unterbrochen. Als er beendet, erscholl lautes Beifallsrufen, ein Zeichen, daß er in aller Stille gesprochen und die Herzen seiner Zuhörer gerührt hatte.

Deklamationen und Ansprachen. Der Vorsitzende Griese überreichte im

Namen des Ortsvereins, des dem Jalenzer Ortsverein einen silbernen Rahmen mit markvollen Worten. Herr von Markus vom Ortsverein der Deutschen Kaufleute zu Kattowitz bedankte sich ein prächtiges Wunsch ausgesprochen. Herr Wolniwicki, Vorsitzender des Maschinenbauvereins in Jalenze übernahm die Fahne im Namen seines Vereins und sprach sie in Ehren zu halten. Alsdann wandte sich in feurigen, gebundenen Worten Kollege Wolff-Jaborze an die Versammlung und pries den Ortsverein als beste Organisation. Zum Schluß sprach noch der Vorsitzende des Bergarbeitervereins Jaborze, Herr Kijchel. Alle Redner wurden lebhaft applaudiert.

Dann begann das Festreden. Man sagt: manche sollen erst gegen 4 Uhr nach Hause gegangen sein, ein Zeichen dafür, daß das Fest allseitig als ein durchaus gelungenes angesehen worden ist.

§ Sorau. Dem Agitationsfest der kaufmännischen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) am Sonntag, den 8. Juli, war ungünstiges Wetter beschieden. Dennoch hatten es sich viele Mitglieder aus den Ortsvereinen der ferneren und näheren Umgegend nicht nehmen lassen, dem Rufe zu folgen. Nach Abholung der Gäste und einem Rundgang durch die Stadt begann im Weimannschen Saale die Agitationsversammlung, in welcher zuerst Erster Bürgermeister Prochnow das Wort zur Begrüßung nahm. Als die Einladung zu dem Feste an den Magistrat ergangen, sei man sich sofort darüber einig gewesen, daß ein Vertreter nicht fehlen dürfe. Ihm sei der ehrenvolle Auftrag geworden, an dem Feste teilzunehmen, und er habe alle Gäste willkommen und wünsch, daß die Versammlung und die Verhandlungen von bestem Erfolg gekrönt sein mögen. Auch möchten die der Öffentlichkeit gewidmeten Stunden einen harmonischen und fruchtbaren Verlauf nehmen. Daß der Magistrat einer Industrie Stadt, wie Sorau es sei, an der Sache der Gewerkschaften ein reges Interesse nehme, sei selbstverständlich. Wenn man das Streben der Organisationen betrachte, so mache man die Wahrnehmung, daß verschiedentlich nach zwei die anderen seien für die Durchdringung ihrer Forderungen mit Gewalt. Anders sei es mit den Gewerkschaften der Hirsch-Dunder'schen Richtung. Durch Selbstvertrauen und Selbsthilfe suchen diese ihre Ziele zu erreichen, und sie erwerben sich durch ihre Taten die Achtung der weltlichen Kreise. Sie hätten darum auch Anspruch auf die Hilfe von allen Seiten. Sowie an ihm sei, werde er, solange er dazu in der Lage, die Ziele der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften fördern helfen. — Verbandssekretär Reußfeld Berlin hielt nach den mit reichem Beifall aufgenommenen Worten des Vertreters der Stadt Sorau einen längeren Vortrag über das Thema: Was wollen und können die Gewerkschaften? Redner sprach über die Entwicklung der Gewerkschaften. Die Deutschen Gewerkschaften seien von Anfang an bekämpft worden, aber sie hätten den Beweis erbracht, daß sie auf dem allein richtigen Wege sind. Sie haben sich bewährt schon durch die Einrichtungen der Unterstützungsvereine und der ganzen Arbeiterkraft den Weg freigemacht. Redner verbreitete sich über die verheerenden Schäden und die Ausbeuterungen, die Schatzmacherei von rechts und die Berechtigung der Arbeiter zum Streben nach besseren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit. Redner wies auf die Verhältnisse in England hin, wo die Arbeitersekretäre mit den Sekretären der Arbeitgeber verhandeln und wo die Industrie erfolgreich vor Erschütterungen zu bewahren vermag würde. Es sei nicht notwendig, in Streitfällen noch mehr Unzufriedenheit in die Arbeiter hineinzutragen, vor allem müßte die Einigung angestrebt werden. Wer da meine, nur Klassenkämpfe brächten uns vorwärts, der sei im Unrecht. Das hätten die Kusthände der letzten Jahre wiederholt bewiesen. Man müsse versuchen mit den bürgerlichen Kreisen Schulter an Schulter zu arbeiten, dann könne viel Elend und Not beseitigt werden. Nicht abgelehnt für die bürgerlichen Kreise werden, sondern es müßte mit der Allgemeinheit für die Allgemeinheit gearbeitet werden. Das haben die Deutschen Gewerkschaften gewollt, und das haben sie gekonnt. Die Deutschen Gewerkschaften, eine nach innen geschlossene und nach außen nicht geschlossene Organisation, stellen den Ruf nach Staatshilfe in den Vordergrund, sondern die Notwendigkeit der Selbsthilfe. So würden sie auch dafür eintreten, daß die Arbeitslosenversicherung Sache der Arbeiterorganisationen bleibe. Zum Schluß richtete der Redner einen Appell an die Frauen. Der Arbeitertraum müßte die Rechte werden, die ihr zukommen, die Verhältnisse der Frauen müßten gebessert werden, damit diese sich mehr der Familie widmen und recht: Erzieherinnen der Kinder und Leiterinnen des Haushaltes werden können. In diesem Sinne würden die Deutschen Gewerkschaften arbeiten und seine Mitglieder es an Opferwilligkeit und fruchtbarer Mitarbeit zur Stärkung der Organisation nicht fehlen lassen. — Der folgende Redner, Herrgub-Sprengberg, verbreitete sich über die Erfolge der Agitationsreise; es sei ebenso notwendig, nach außen zu zeigen, daß Gewerkschaften da sind. Redner sprach von der Notwendigkeit der dringend erforderlichen Aufbesserung der Löhne in einzelnen Industriezweigen. Dazu gehören vor allem die Arbeiter der Zertill-Industrie. Die Entlohnung sei in verschiedenen Städten sehr schlecht und Kämpfe zur Aufbesserung unvermeidlich. So sei der Lohnkampf in Sommerfeld als ein gerechtfertigter anzusehen, da die Löhne dort niedriger als anderweit wären. Die Arbeiterkraft erfreute sich dort der Sympathie der Bürgerschaft, da die Forderungen berechtigt seien. Hierauf ergriff der erste Bürgermeister Prochnow-Sorau das Wort und sagte folgendes aus: Wer mit aller Kraft dafür eintritt, dort wo es notwendig ist, seine Lage zu verbessern, ein schlapper Keil ist. Nur im engen Zusammenschluß könne man einen Erfolg erhoffen, ich habe mich von Herzen geteilt über alles, was ich heute hier gehört habe und habe aus dem den Eindruck gewonnen, daß bei Ihnen die zum Erfolg notwendige Kraft und der eiserne Wille vorhanden ist. Mich freut das, weil ich weiß, daß Sie recht haben und allein das Rechte wollen! Ich muß scheiden, der Nachmittags gehört Ihnen und mir mit Ihnen, gehen Sie nicht fort aus Sorau, ohne den Eindruck gewonnen zu haben, daß hier, und Gott sei Dank in vielen Städten die Hirsch-Dunder'schen anerkannt werden als treue, fleißige Arbeiter, geben Sie nicht fort ohne meine herzlichsten Segenswünsche für das weitere Blühen und Gedeihen Ihrer Organisation mitzunehmen! — Die Rede des städtischen Vertreters wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, das nächste Agitationsfest in Sommerfeld zu feiern. — Auf Antrag aus den Reihen der Mitglieder wurde für die Streikenden in Sommerfeld eine Sammlung veran-

hatte. — Als die Besucher, worunter sich viele Mädchen und Frauen befanden, im Vorgarten zum Festzuge antraten, ließ der Regen etwas nach, so daß der Marsch zum Schützenhause vor sich gehen konnte. Am Festzuge beteiligten sich Mitglieder der Vereine aus Gassen, Betschau, Sommerfeld, Rost, Spremberg, Gaben, Kollbus, Frankfurt a. O., Rinstenwalde, Sagan, Waldmig, Sprottau und Lichtdorf. — Im Schützenhausgarten begannen zwar bald das Konzert der Stadtkapelle, Vogel- und Scherenschützen, aber ein harter Regenschauer trieb bald alle Festteilnehmer aus dem Garten. So waren die Vorkaltäten und die beiden Tanzsäle gebrannt voll, und hier wie in der Schießhalle herrschte reges Leben. Eine Verlosung brachte schöne Gewinne unter die Gäste. In einer Lotterie hielt Neuhoff eine Schönanrede. Die antwortenden Worte des Ersten Bürgermeisters der betriebsamen Stadt Sorau sollen allen ein Ansporn sein, die Verpflichtung zu erfüllen, die eingeschlagenen Pfade weiter zu wandeln. Redner brachte auf die Stadt Sorau und ihren Ersten Bürgermeister ein begeistert aufgenommenes Hoch aus. Das dem Gewerksverein vorgesehene Ziel werde und müsse erreicht werden, um den Kindern den Weg zu ebnen. Dem edlen Vorkämpfer aber, dem allverehrten Dr. Max Hirsch, den leider schon der fühlte Haken des, sei für immer ein Denkmal in den Herzen der deutschen Gewerksvereine gesetzt. Unbekümmert um die Angriffe der Gewerksvereine solle jedes Mitglied mit Feuerkraft für die gute Sache weiter kämpfen und wirken. Redner schloß mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerksvereine und ihre Führer und jagte im Anschluß daran der Stadt Sorau und der Bürgererschaft den herzlichsten Dank für die freundliche Aufnahme. — Das Fest nahm bis zuletzt einen sehr harmonischen Verlauf. (Sor. Ztbl.)

Verbands-Zeil.

Brandenburg-Kauziger Ausbreitungs-Verband.

Vorort Spremberg i. V.
Protokollauszug der ordentlichen Sitzung vom 11. Juli, abgehalten im Pöstal Sähhchen, Kirchplatz 1. Anwesend sind die Kollegen Neugebauer, Matthiasch, Weirauch und Keller; entschuldigend fehlt Arost (bereits). Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 8 1/2 Uhr. Es sind Schreiben eingegangen aus Gerslitz, Sommerfeld, Reula, Betschau, Stuttgart und Weiskensels a. S., die durch den Schriftführer vorgelesen werden. Zu der ersten Versammlung des Ortsvereins der Bauhandwerker in A. durch den dortigen rührigen Kollegen Schumann gegründet, wird der Vorliegende Neugebauer delegiert, um einen Vortrag über den Nutzen der Organisation zu halten. Einladung und Tagesordnung zum Delegiertenkongreß soll in Druck gegeben werden und sämtlichen umliegenden Ortsvereinen zugehen.
 Zur Gründung eines Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter in D. sollen die nötigen Schritte eingeleitet werden.
 Schluß 10 Uhr.
 W. Neugebauer. E. Keller.

Versammlungen.

Berlin. Die Sitzungen des Distriktsflusses fallen bis zum 22. August auf.
Züngerchor der Deutschen Gewerksvereine (H. + D.) geben Donnerstag abends 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Barbarahause der Deutschen Gewerksvereine (Potsdamer Str.). Gäßt herzlich willkommen.
Sonnabend, 4. August, Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Ab. 8 1/2 Uhr bei Baur, Reichenstr. 1. Vortrag: Beschäftigungslosigkeit, Aufschub des. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Ab. 8 1/2 Uhr Kottbusstr. 4a. Vortrag mit Damen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VI.** Ab. 8 1/2 Uhr im Genossenschaftshaus, Reichenstr. 14/16, bei Otto Schmidt. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Ab. 8 1/2 Uhr im Verbandshaus. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Hrn. Paetz, Reichenstr. 41. Vortrag u. a. — **Zunfilarbeiter.** Ab. 8 1/2 Uhr, Sandbergstr. 6. — **Entscheidung von Beiträgen.**
Schönberg und Umgegend. Graphische Berufe und Water. Montag, 6. August ab. 8 1/2 Uhr, Restaurant Sorag, Hauptstr. 96. — **U. a. Berichterstattung des Kolb Hinkel vom Delegiertenkongreß.**

Zeit- und Medizinerverbands.

Berne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilt, Schulte-Mattler, Distriktskommission. — **Greifswald (Ortsverband).** Jeden Donnerstag, ab. 8 1/2-10 Uhr, im Lokale des Herrn Grefow, Rostmarkt 1, Distriktsabend. — **Hannover und Umgegend (Ortsverband).** Die Gesangsstunden des Ortsverbands-Verbands sind jeden Freitag ab. 9 Uhr i. Verbandslokal „Königswohth“ Brühlstraße 12 statt. — **Halle (Ortsverband).** Sonntag, 5. August, vorm. 8 1/2 Uhr, Köhlerhalle, Vertreterversammlung. Nachm. 4 Uhr Besichtigung des Provinzial-Obstaates zu Tlemig. Abmarsch 3 Uhr von d. Aktienbrauerei. Sonntag, 12. August, Besichtigung des Verbandsgebäudes „Areny“. Treffpunkt vorm. 8 1/2 Uhr an d. Köhlerbräuerei. Sonntag, 26. August, Sommerfest des Ortsverbandes im Bellvue. — **Schwelm (Ortsverband).** Sonnabend, 11. August, ab. 8 1/2 Uhr, im Lokale d. Herrn Hermann Müller, Kaiserstraße. — **U. a. Protokolle Festungsangelegenheiten.** Kation. Verschiedenes. — **Machen und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 12. August, morgens 11 Uhr, bei Schütz, Achen, Markt 35, Vertreterversammlung. — **Hannover und Umgegend.** Sonntag, 12. August, vorm. 9 Uhr, Ausflugsfahrt im Verbandslokal „Königswohth“, Brühlstr. 12.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Essen a. d. Ruhr (Ortsverband). Heinz Jakob, Vorsitzender, Postallee 16. Richard Reuter, Schriftführer, Postallee 16.
Stettin (Ortsverband). Herrmann Küper, Vorsitzender, Beringerstraße 1 III. Karol, Schriftführer, Elfbathstr. 63/64 bei Herrn Zigel. Karnaske, Kassierer, Stettin-Prebow, Thorstr. 2.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.



Wetterhäuschen mit Thermometer ersetzt einen Barometer, denn es zeigt jeden Witterungswechsel 24 bis 48 Stunden vorher genau an. Wenn es schönes Wetter gibt, tritt die Frau aus dem Häuschen hervor, wenn es schlechtes Wetter gibt, tritt der Mann hervor. Zugleich ist dieses Wetterhäuschen ein schöner Zimmerschmuck. — Größe ca. 14 cm hoch, 14 cm breit. (Genau wie Zeichnung, per Stück Mk. 1.20, No. 22). Dasselbe in einfacher Ausführung, p. St. Mk. 0.85. Porto 60 Pf. extra. Weniger wie 2 Stück versenden wir nur gegen vorherige Einsendung des Betrages. — 12 Stück versenden wir franco u. legen 1 Stück gratis bei. — Unsere Pracht-Katalog, enthält eine große Auswahl in Glaswaren, Porzellan, Tischmessern und Gabeln, Rasiermesser, Rasierbestecken von Mk. 2.50 an, Haarschneidemaschinen v. Mk. 3.50 an, Taschen, Taschenuhren und Gabeln, Damen-, Haar- und Schnelerscheren, Reben- oder Gartenschere, Seifen, Gartenschere, Brot-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- und Wiegemaschinen, Uhrm., Porzellan, Spielzeug, Pfeifen, Spazierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schuss- u. Stichwaffen, Musikinstrumente, Schmuckgegenstände, Kinderspielwaren, Christbaumschmuck etc. versenden wir gratis u. fr. ohne Auszahlung. **Verandhaus Gebrüder Bell, Gräfrath bei Solingen 604** Stahlwarenfabrik. Gegründet 1874.

Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23.

Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und . . . an jedem Sonntag . . . Prachtige Festäle, große Restauration mit vorzüglichster Küche, vier Regelbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung v. Versammlungen, Sitzungen, Sommer- und Winterferien jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfohlen, ladet zum Besuch freundlichst ein
Carl Berndt, Deponom.

Medizinalverband Berlin und Vororte.
General-Versammlung am Dienstag, 21. August cr., abds. 8 1/2 Uhr, Greifswalderstr. 221/23.
 Tages-Ordnung:
 I. Rassen- und Revisionsbericht pro II. Quartal 1906. II. Geschäftliches.
Der Vorstand.
 3. M.: G. Körner, Schriftführer, Postenstraße 22.

Ein erfahrener **Schlossergeselle** gesucht auf Bau- und Maschinenbauwerkzeugen
Albert Reufe
 Otter, Bau- und Maschinenbauwerkzeugen
 Götensleben (Preis Neubildensleben).

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.
 Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Festschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Hahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Zeitschriften zum Gewerbegerichtsgesetz von Dr. Max Hirsch Preis 30 Pfg.
Begehrter durch die Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg.
Fragebüchlein zum Invaliden-Versicherungsgesetz von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch 100x230 mm. Preis 50 Pfg.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. — Festschrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Tunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.
Volks-Wirtschaftslehre von Dr. G. J. Fuchs. Preis 80 Pfg.
Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von E. Winter-Berlin und K. Berndt-Dresden. Gratis.
Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt-Berlin und Johann Dornblüth-Promberg. Gratis.
Tarifverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Hahn-Burg und J. D. Käjer-Nürnberg. Gratis.
Arbeiterschutz, insbesondere Maximalarbeitszeit, vom Standpunkte der Deutschen Gewerksvereine von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pfg.
Muster zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdechriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
 Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
 Gelendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer **Rudolf Klein**, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.
Das Bureau des Centralrats. Rudolf Klein.